

Winterthur will Sozialkosten senken – mit mehr Mitarbeitern

Die Stadt hat hohe Sozialausgaben. Jetzt werden Sparvorschläge erarbeitet – auch aussergewöhnliche.

Marisa Eggli

Es klingt nach einem Zaubermittel: Das Sozialdepartement Winterthur unter der politischen Führung von Nicolas Galladé (SP) will mehr Leute anstellen, um so die hohen Sozialkosten in den Griff zu kriegen. Der Trick dabei: Arbeiten mehr Mitarbeiter auf dem Sozialamt, muss sich jeder einzelne um weniger Bedürftige kümmern. Er kann seine Klienten enger begleiten und deshalb besser kontrollieren – und sieht schneller, wem die Stadt Winterthur zu viel bezahlt.

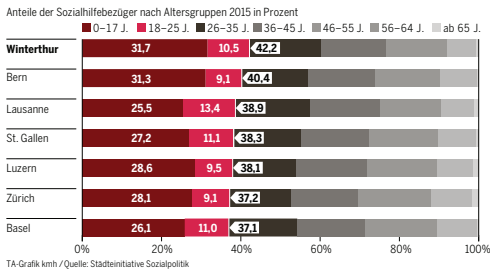
Um diesen Mechanismus und den entsprechenden Spareffekt zu prüfen, hat Winterthur bei der Fachhochschule ZHAW eine Studie in Auftrag gegeben. Sie vergleicht, wie sich die Kosten entwickeln, wenn ein Sozialarbeiter für 130 oder für 80 Fälle zuständig ist. Andere Städte wie Uster, Bülach und Kloten achten zum Beispiel darauf, dass ein Mitarbeiter mit einer Vollzeitstelle nicht mehr als 80 Fälle betreut. In Winterthur sind es aktuell 140 Fälle.

Kostentreiber kontrollieren

Falls die Stellen aufgestockt würden, könnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedene Kostentreiber genauer ansehen. Zu diesen gehören laut dem Sozialdepartement vier Bereiche, in denen die Ausgaben steigen.

- **Die Mieten:** In den letzten Jahren hat die Stadt laufend mehr für Wohnungen ausgegeben. Einerseits sind die Mieten teils stark gestiegen. Andererseits hat das Sozialdepartement auch wenig auf tiefere Mieten gedrängt, wenn etwa der Referenzzinssatz gesunken ist. Das will Dieter P. Wirth, der Leiter der Sozialen

Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe



Dienste Winterthur, ändern – «mit dem nötigen Augenmass», wie er gestern vor den Medien sagte. Man wolle auch keine Vermieter vergraulen. Diese seien wichtig, um in der Stadt genügend günstigen Wohnraum anbieten zu können.

- **Die Zusatzleistungen zur AHV/IV:** Diese Ausgaben sind besonders stark gewachsen. Heute machen sie mit rund 50 Millionen Franken fast die Hälfte der Sozialkosten aus. Mit mehr Mitarbeitern könne der genaue Anspruch geprüft werden, sagt Wirth. Es würde etwa kontrolliert, ob jemand eine Rente aus dem Ausland zugute hat oder einen Hausbesitz verschweigt. Laut Wirth ist diese vertiefte Kontrolle heute zu wenig möglich.

- **Die Jugendlichen:** Im Vergleich mit 14 Schweizer Städten, darunter Zürich, Basel, Lausanne, Bern und Biel, leben in keiner Stadt so viele Jugendliche von der Sozialhilfe. Das will das Sozialdepartement ändern und die Jugendlichen enger begleiten – mit dem Ziel, sie zu einer Lehre zu bringen. Pikant: Im Rahmen der jüngsten Sparprogramme hat der Stadtrat die Fachstelle für junge Erwachsene verkleinert. Sie soll nun wieder ausgebaut werden. Diese weist den Jungen verbindliche Trainingsprogramme zu und kürzt bei Bedarf die Sozialhilfe.

● **Langjährige Sozialhilfebezügler:** Knapp jeder Dritte, der Sozialhilfe beantragt, braucht die Unterstützung auch zwei Jahre später noch. Einige langjährige Sozialhilfebezügler hätten kaum mehr Chancen, wieder in die Arbeitswelt zu finden, sagt Wirth. Bei diesen

werde heute wenig Effort betrieben. Die Sozialen Dienste müssten künftig regelmässiger überprüfen, ob neue Gründe vorliegen, um zum Beispiel eine IV-Rente zu erwirken.

Zum ersten Mal weniger Kosten

In den letzten Jahren sind die Sozialkosten in Winterthur stetig gestiegen. 2006 zahlte die Stadt knapp 68 Millionen Franken. 2015 waren es mehr als 110 Millionen. Allerdings sind die Ausgaben zwischen 2014 und 2015 wieder leicht gesunken. Sozialvorsteher Galladé sieht darin aber keine Trendwende, weshalb er an den Sparvorschlägen weiterarbeiten will. Diese sind auch das Resultat einer scharfen politischen Debatte im Gemeinderat. Daraus ging ein Bericht von Berner Experten des Büro Bass hervor. Sie haben untersucht, was die Stadt gegen die Kosten tun kann. Anders als Zürich hat Winterthur keine Sozialinspektoren. Winterthur müsse diese nicht einführen, finden die Experten. Die Arbeiten übernehme die Stadtpolizei.

Für Galladé ist nicht nur wichtig, dass Winterthur die Kosten senkt. Viele Ausgaben kann die Stadt nicht beeinflussen, da sie gesetzlich festgelegt sind. Er versucht deshalb, auf kantonaler Ebene zu erwirken, dass die Gemeinden solidarischer an die Kosten der Städte zahlen. Ein erster Anlauf ist im Kantonsrat 2014 zwar gescheitert, inzwischen sehen aber viele Gemeinden ein, wie wichtig das Anliegen ist. Jörg Kündig, FDP-Kantonsrat und Präsident des Gemeindepräsidentenverbands, sagt: «Die Soziallasten steigen in vielen Gemeinden unverändert an. Es ist wichtig und dringend, dafür einen Ausgleich zu schaffen.»

Die Ecke

Herbsttag

Wir beantragen ein kleines «Korrigendum» in der Weltliteratur «Herr: es ist Zeit. Der Sommer war sehr klein. Leg deinen Schatten auf die Sonnenuhren, und auf den Fluren lass die Winde los.» (R. M. Rilke) (net)

Nachrichten

Lärmschutz Grüne wollen Klappenauspuff in Zürich verbieten

Zürich – In der Stadt Zürich soll das Betätigen des röhrenden Klappenauspuffs bei Sportwagen verboten werden. Dies fordern die Grünen in einem Postulat. Die Stadt halte in ihrer Lärmschutzverordnung fest, dass es jedermann untersagt ist, Lärm zu verursachen, der durch rücksichtsvolle Handlungsweise vermieden oder vermindert werden kann. Mit einem Verbot des Fahrens mit geöffneter Auspuffklappe könnte der Stadtrat mit einer kleinen Massnahme ein bisschen Abhilfe für die lärmgeplagte Stadtbevölkerung schaffen. (mth)

Geringe Beute

Bankstellenshop mit Messer überfallen

Regensdorf – Ein Unbekannter hat gestern um 11.30 Uhr einen Bankstellenshop an der Feldstrasse überfallen. Der etwa 30-jährige Mann bedrohte die Verkäuferin mit einem Messer und erbeutete einige Hundert Franken. Dann flüchtete er zu Fuss in unbekannte Richtung. Der Mann ist 180 bis 185 cm gross und schlank. Er hatte kurze braune Haare und einen Schnauz, trug eine Sonnenbrille, einen Kapuzenpulli, Trainingshosen und eine schwarze Baseballkappe. Hinweise unter 044 247 22 11. (sch)

Fahrerflucht

Automobilist nach Kollision mit Velo davongefahren

Glattfelden – Ein 65-jähriger Velofahrer ist am Dienstagabend um 17 Uhr auf dem Radstreifen der Aarüstrasse von einem Auto angefahren worden. Er zog sich dabei Kopf- und Beckenverletzungen zu. Der Automobilist fuhr davon, ohne sich um den Verletzten zu kümmern. Die Polizei sucht Zeugen. Beim Unfallwagen soll es sich um einen grauen Kombi mit einem sechsstelligen Zürcher Kontrollschild handeln (044 863 41 00). (sch)

Schlagerei

Frau bei Streit an der Langstrasse schwer verletzt

Zürich – Eine 36-jährige Frau ist am Donnerstagmorgen um 5 Uhr vor der Piranha Bar bei der Verzweigung Lang-/Dienerstrasse bei einer Auseinandersetzung von einem unbekannten Gegenstand am Kopf getroffen worden. Sie musste mit schweren Verletzungen ins Spital eingeliefert werden. Am Streit sollen mehrere Personen beteiligt gewesen sein. Der Täter konnte unerkannt entkommen. Hinweise sind erbeten unter der Nummer 044 247 22 11. (sch)

Rabierter Ladendieb gestoppt Mutige Verkäuferinnen und ein helfender Trampassagier

Zürich – Zwei Verkäuferinnen haben am Mittwochabend einen 27-jährigen Schweizer beobachtet, wie er Schuhe stehlen wollte. Sie forderten ihn auf, die Ware zu bezahlen. Doch dieser flüchtete bis zum Löwenplatz, wo er ein Tram besteigen wollte. Die Frauen versuchten, den Mann aufzuhalten, worauf er einer der Frauen ins Gesicht schlug. Danach flüchtete der Dieb zu Fuss weiter. Ein Trampassagier, der Polizist ist, nahm die Verfolgung auf und stoppte den Mann an der Militärstrasse. Die Verkäuferin wurde leicht verletzt und musste im Spital ambulant behandelt werden. (sch)

Korrekt

Bastei statt Palme

In der gestrigen Ausgabe zeigten wir drei Bilder von ausgezeichneten Zürcher Bauten aus der Vergangenheit. Auch wenn das Hochhaus Zur Palme ein Beispiel für gute Architektur ist: Das Bild zeigte natürlich das Haus Zur Bastei – und nicht das Zur Palme. (TA)

Wer heute ausgezeichnet bauen will, muss für alle planen

Gute Gebäude müssen der Öffentlichkeit Raum bieten. Das erfüllen etwa das Hohe Haus West oder der Gewerbebau Noerd – und auch der Publikumsliebbling.

Ev Manz

Im Jahr 2016 müssen gute Bauten zwar durchaus hohe gestalterische und städtebauliche Anforderungen erfüllen. Doch scheinen diese zweitrangig zu sein. Diesen Eindruck gewann, wer am Donnerstag den Ausführungen von Hochbauvorsteher André Odermatt (SP) lauschte, nach welchen Kriterien die Stadt in diesem Jahr die Auszeichnungen für «gute Bauten 2011 bis 2015» vergeben hat. Diese werden seit 1945 alle fünf Jahre verliehen und sind reine Anerkennungspreise.

Im Zentrum des Juryurteils stand, dass ein Objekt einen Bezug zur Öffentlichkeit schaffen kann. Odermatt sagt: «Architektur ist öffentlich: Wer baut, baut für alle.» Architektur müsse zum sozial durchmischten Leben in der Stadt und in einem Quartier beitragen. «Gleichzeitig muss ein Bau immer Raum für die Öffentlichkeit bieten.»

Aus den 159 eingereichten Arbeiten, denen Odermatt allein eine hohe Qualität attestiert, hat die interdisziplinäre, zusammengestellte Jury schliesslich zwölf Objekte ausgezeichnet, die für sie als Vorbild für künftige Bauten stehen.

Die Stadt von morgen

Eine gute Verknüpfung mit der Stadt und dem Quartier Wiedikon verkörpert für die Jury das Hohe Haus West am Anfang der Weststrasse, das in der Kategorie «Wohnungsbau» – jene Kategorie mit den meisten Einsendungen – ausgezeichnet wurde. Ausserlich hätten die Architekten das Wohnhochhaus mit viel Sorgfalt in den städtebaulichen Kontext eingefügt, erklärt Patrick Gmür, Direktor Amt für Städtebau. Zum Beispiel, indem sie mit einem diskreten Rücksprung in der Fassade die Bauhöhe der Nachbarhäuser aufgenommen hätten.



Das Hohe Haus West sei mit viel Sorgfalt in den städtebaulichen Kontext eingefügt worden, befand die Jury. Foto: Georg Aernli

Zudem sei das Café im Erdgeschoss ein öffentlicher Ort.

Das Hunziker-Areal in Leutschenbach ist für Gmür ein gutes Beispiel dafür, «wie die Stadt künftig aussehen könnte». Ins Projekt «Mehr als Wohnen» seien die wichtigsten Aspekte der Zürcher Baukultur der letzten fünf Jahre eingeflossen: eine experimentelle architektonische Gestaltung sowie differenzierte Nutzungen, Wohnformen und Materialisierungen. So ist, wie es in der Dokumentation heisst, am Stadtrand kein anonymes Ort entstanden, sondern «ein eindrückliches Stück Stadt».

Dass der Sechsläutenplatz zu den ausgezeichneten öffentlichen Bauten gehört, ist logisch. Kaum an einem ande-

ren Ort in der Stadt hat Architektur eine grössere Wirkung auf die Besucher als da. Inwiefern aber auch ein Gewerbebau einen Bezug zur Öffentlichkeit herstellen kann, zeigt für die Fachleute das Beispiel Noerd in Oerlikon. Neben der Produktionsstätte für das Label Freitag ist im Gebäude auch eine öffentliche Kantine untergebracht. Der Mietzins für Gewerbetriebe ist nach oben begrenzt, sodass er auch für weniger gewinnorientierte Unternehmen bezahlbar ist. «Bauten in der Art dürfte es in der Stadt noch mehr geben», sagt Gmür.

Um auch das Publikum in die Jurierung einzubinden, konnte dieses per Onlinevoting sein Lieblingsobjekt auswählen. Für Odermatt war es nicht er-

staunlich, dass gerade diejenigen Bauten am meisten Zustimmung erhielten, die auch öffentlich zugänglich sind. Den Publikumspreis erhielt schliesslich der Elefantenturm im Zoo Zürich.

Um den Dialog über Architektur mit der Bevölkerung weiter voranzutreiben, werden die ausgezeichneten Bauten erstmals bis Februar im Stadthaus an einer Ausstellung präsentiert. Dazu sind Veranstaltungen geplant. Am ersten Oktoberwochenende können zudem einige der Gebäude besichtigt werden.



Bilder Alle neu ausgezeichneten Bauten in der Übersicht

bauten.tagesanzeiger.ch